



Franciscans International

A voice at the United Nations

Franciscans International (FI) hat als Nichtregierungsorganisation einen allgemeinen Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und Zugang zu allen wichtigen UN-Gremien. Die gemeinsame Organisation der weltweiten Franziskanischen Familie mit Büros in Genf und New York bringt als Anwalt für Menschenrechte Anträge ein und unterstützt insbesondere Angehörige benachteiligter Gruppen, ihre Anliegen direkt vor den zuständigen UN-Gremien zu vertreten.

Um 14 Billionen US-Dollar – ungefähr doppelt so viel wie die gesamten öffentlichen Ausgaben der USA in 2018 – ist allein in diesem Jahr der globale Wohlstand angewachsen. Damit hat der weltweite Wohlstand das bisher höchste Niveau erreicht. Doch dies kommt längst nicht allen zugute. Weiterhin leben hunderte von Millionen Menschen in absoluter Armut, hungern, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und medizinischer Versorgung. Seit 1980 haben die oberen 0,1 Prozent genauso viel vom Wirtschaftswachstum erhalten wie die unteren 50 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung.

Diese Entwicklung zunehmender Ungleichheit ist nicht in erster Linie dem Fehlverhalten einiger weniger geschuldet. Sie ist vor allem das Ergebnis eines globalen neoliberalen kapitalistischen Systems, das immer weniger reguliert und auf das Gemeinwohl verpflichtet wird. »Diese Wirtschaft tötet«, so hat es Papst Franziskus in seiner Enzyklika prägnant formuliert und gefordert, dass die Wirtschaft vor allem dem Gemeinwohl dienen und insbesondere den Armen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen müsse und nicht ein Instrument zur Anhäufung unermesslichen Reichtums in den Händen weniger bleiben dürfe. Eine solche Orientierung liegt ganz in der Tradition der franziskanischen Familie seit den Tagen des heiligen Franziskus, dessen Solidarität ganz besonders den Armen und Ausgeschlossenen galt.

FI BRINGT DIE PERSPEKTIVEN DER OPFER EIN

Von daher ist es naheliegend, dass sich Franciscans International (FI) als »franziskanische Stimme bei den Vereinten Nationen« in der UNO dafür engagiert, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht gegen die Achtung der Menschenrechte verstößt. Situationen, in denen Menschen gezwungen werden, unter unmenschlichen Bedingungen zu arbeiten, Ureinwohner durch zerstörerische Bergbaubetriebe aus ihren Gebieten verdrängt werden und das Grundwasser von Dörfern durch Getränkekonzerne verbraucht wird, sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Vor diesem Hintergrund traf sich vom 15. bis 19. Oktober dieses Jahres die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe »Internationale Konzerne und Menschenrechte« zu ihrer vierten Jahrestagung in Genf, um über die Fixierung verbindlicher internationaler Normen weiter zu verhandeln. Die Idee der Schaffung eines international verbindlichen Vertrages, der die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen eindämmen soll, indem Unternehmen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden, reicht mindestens bis in die 1990er Jahre zurück. Diese Bemühungen haben jedoch bisher nur zu freiwilligen Leitlinien und Zusagen geführt, die sich als unzureichend erwiesen haben, um die Opfer zu schützen oder den Zugang zur Justiz zu gewährleisten.

Ein wichtiger Schritt wurde im Jahr 2014 unternommen, als der UN-Menschenrechtsrat ein Mandat zur Ausarbeitung eines Vertrags zur Steuerung

Menschen

der Aktivitäten transnationaler Unternehmen erhielt. Auch bei der nun vierten Jahrestagung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe beteiligte sich FI aktiv an den Beratungen. Dank ihres allgemeinen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen kann die Organisation im Rahmen der Verhandlungen Erklärungen abgeben und fachkundige Gäste als Berater einladen.

»Wir müssen an diesen Diskussionen teilnehmen ... und uns bemühen, eine gleichberechtigte und gerechte Gesellschaft im Dienste des Lebens zu schaffen«, sagte Mgr. André De Witte, Bischof der brasilianischen Diözese Ruy Barbosa. Er besuchte FI in Genf und sprach auf einer Parallelveranstaltung über die Bedeutung eines verbindlichen Vertrages. »Das Beispiel von Papst Franziskus hat deutlich gemacht, dass die Kirche zu verletzbaren und gefährdeten Menschen steht«, fuhr er fort. Da die Ressourcengewinnung und -produktion zunehmend in weit entfernten Gebieten stattfindet, werden die Menschen auf den oberen Ebenen der Produktionsketten selten mit der Realität auf der unteren Ebene konfrontiert. Diese Trennung schafft unweigerlich blinde Flecken für ihre Notlage, selbst unter denen, die sich intensiv mit diesen Themen beschäftigen.

Aus seiner eigenen Diözese schilderte Bischof De Witte die Erfahrungen mit Bergbauunternehmen: »Ein kleiner Arbeiter, dem das Land, das er bewirtschaftet, nicht gehört, kann eines Morgens aufwachen und kleine Haken in der Nähe seines Hauses finden, die ihm sagen, dass es jetzt von einem Bergbauunternehmen beansprucht wird.«

EIN VERTRAG STÄRKT DIE RECHTE DER OPFER

Der vorgeschlagene Text des Vertragsentwurfs, der von der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe in Genf erörtert wurde, enthält aus Sicht von FI eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die zur Stärkung der Position der

rechte gelten auch für internationale Konzerne

Opfer von Menschenrechtsverletzungen beitragen könnten. Die rasche Globalisierung hat zu einer neuen Anonymität bei Geschäftstransaktionen und -abläufen geführt. Bei Produktionsketten, die sich über mehrere Kontinente erstrecken, sind die Rechte und die Wege zur Entschädigung für die Opfer derzeit schwierig einzuklagen. Der vorgesehene Vertrag könnte dies ändern, indem er klare Regeln für Gerichte schafft, die Abhilfemaßnahmen, auch über Grenzen hinweg und unter Beteiligung mehrerer Staaten, ermöglichen würde.

In Anbetracht der verletzlichen Position der Opfer verpflichtet der Vertragsentwurf die Behörden, sie und ihre Familien vor Einschüchterung und Vergeltungsmaßnahmen zu schützen und rechtliche sowie finanzielle Unterstützung anzubieten. Zudem hätten die Unternehmen eine öffentliche Berichtspflicht, die die Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Umwelt und die Menschenrechte einschließt. Allerdings haben einige einflussreiche Staaten, in denen die größten und mächtigsten Unternehmen der Welt ihren Sitz haben, versucht, den Entwurfstext abzuschwächen. Sie behaupteten, dass ein solcher Vertrag die globale Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen würde. So kommt es nicht selten auf die genaue Formulierung eines Vertragsabschnittes an. Das Entfernen eines einzigen Adjektivs wie »sinnvoll« oder »inklusive« kann die Auswirkungen und den Umfang des Vertrages dramatisch verändern. FI hatte deshalb nicht nur Gäste eingeladen, die Erfahrungen mit den konkreten Auswirkungen des Wirkens von internationalen

Konzernen in verschiedenen Kontinenten auf die Arbeiter und die Bevölkerung einer bestimmten Region haben, sondern beteiligt sich auch mit fachlichen und rechtlichen Informationen an den Verhandlungen.

VERBINDLICHE VERTRÄGE, NICHT NUR ABSICHTSERKLÄRUNGEN!

Während sich die Verhandlungen in die Länge zogen, haben einige Länder argumentiert, dass die bereits bestehenden unverbindlichen Leitprinzipien ausreichen würden, um die Unternehmen zu regulieren. »Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Leitprinzipien durch strenge Gesetze ergänzt werden müssen«, betonte dagegen Bischof Alvara Ramazzini, ein weiterer Gast von FI, während einer Podiumsdiskussion bei den Vereinten Nationen. Als Bischof von Huehuetenango in Guatemala setzt er sich trotz zahlreicher Drohungen für den Schutz der indigenen Völker ein. »Unternehmen sind zu Halbgöttern geworden, die das Leben der Menschen steuern. Sie denken vielleicht, dass ich übertreibe, aber im Fall von Guatemala tue ich das nicht«, sagte er während der Diskussionen in Genf. »Es mag schwierig sein, aber wie wir auf Spanisch sagen: Die schlimmsten Kämpfe sind die, die wir nicht weiterführen.«

In diesem Sinne wird sich FI weiterhin für die Realisierung dieses Vertragsentwurfes einsetzen und Regierungen daran erinnern, dass es in ihrer Verantwortung liegt, die Menschenrechte zu wahren und im Interesse ihrer Bürger und nicht im Interesse der internationalen Unternehmen zu handeln.

»Letztendlich ist dieser Vertrag nicht gegen die Wirtschaft oder gegen transnationale Konzerne gerichtet«, betonte Bischof de Witte. »Er steht im Dienst des Lebens der Opfer. Es steht im Dienst von uns allen.« ■

THOMAS KLEINVELD
ist Öffentlichkeitsreferent von
Franciscans International in Genf



Oben: Parallelveranstaltung von FI anlässlich der Jahrestagung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe »Wirtschaft und Menschenrechte« in Genf. Rechts: Vater und Sohn trauern um Ehefrau und Mutter, die beim Brand einer Textilfabrik in Bangladesh ums Leben kam

